

Europa braucht Demokratie, die Demokratie braucht Europa

Robert Jungks Utopiebegriff angewandt zur dringenden Reform der politischen Ordnung unseres Kontinents

*„C'est quand chacun de nous attends que l'autre commence
que rien ne se passe“
Abbé Pierre (1912-2007)*

*„Wenn jeder von uns nur darauf wartet, dass der andere beginnt,
passiert gar nichts!
Abbé Pierre (1912-2007)*

Andreas Gross¹

Jede Zeit hat ihre Utopie und ihr Utopieverständnis. In den 1950er-Jahren dominierte der „Pragmatismus“ und wurde antiutopisch verstanden. 1968 gehörte die Utopie zu einer der Lieblingsvokabeln der öffentlichen Diskussion. Mehr als 25 Jahre später war das „Ende der Utopien“ angesagt - kurz nach dem Ende des Kalten Krieges und dem unblutigen Zusammenbruch der Sowjetunion, zwei Ereignisse, die von Millionen von Menschen jahrzehntelang für „utopisch“ gehalten worden waren.

¹ Andreas Gross (60) ist Politikwissenschaftler und Historiker in St. Ursanne (Jura/Schweiz). Er leitet dort das Atelier für Direkte Demokratie, gilt europaweit als einer der Spezialisten in diesem Bereich und erfüllt seit 20 Jahren dazu an deutschsprachigen Unis Lehraufträge (derzeit in Hamburg, Winter 13/14 auch wieder in Graz). Politisch wurde er bekannt als eine der Schlüsselfiguren der Bewegung für eine Schweiz ohne Armee (1981-1993) und Gründer von eurotopia, der Bürgerbewegung für eine europäische Verfassung mit direktdemokratischen Elementen. Seit 1991 ist er Mitglied des Schweizerischen Nationalrates und seit 1995 gehört er auch der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strasbourg an. Dort ist er seit fünf Jahren Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion und bekannt geworden vor allem mit seinen Berichten zum Stand der Demokratie in Europa, zu Aserbeidschan und Russland, sowie zu den friedenspolitischen Potenzialen von Autonomen Regionen in Europa. Im Realotopia-Verlag (Bülach, 1988-2002) und in den Editions le Doubs (seit 2003) hat Andreas Gross zahlreiche Bücher herausgegeben und Texte veröffentlicht.

Mitte der 1980er Jahre sprach Jürgen Habermas vor dem spanischen Parlament von der „Erschöpfung der utopischen Energien“, warnte aber vor der Verabschiedung des utopischen Denkens mit dem grossartigen Satz, gleichsam der Antithese zu Robert Jungks politischer Lebensmaxime: „Wenn die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste von Banalität und Ratlosigkeit aus“². Nach der letzten Jahrtausendwende, vor acht Jahren, erschien schliesslich ein Sammelband mit dem hoffnungsvollen Untertitel „Von der Renaissance der Utopie“³.

Der Gebrauch des Begriffes Utopie und die Art, wie er verstanden wird, sagt mehr über den Autor sowie die Zeit und die Gesellschaft, in denen er lebt, als über den Begriff an sich.

Robert Jungk widersetzte sich zeitlebens dem Zeitgeist und seinen eindimensionalen Opportunismen. Er blieb lebenslang bei der Utopie, seiner echten Utopie als Alternative zur elenden, zukunftsunfähigen Gegenwart. Er suchte nach dem, was noch nicht ist. Denn er war sich bewusst, dass dies genau so zu dem gehört, was als Realität bezeichnet wird, als das, was sichtbar und erfahrbar ist.

Jungk wusste, dass es dazu bloss Menschen braucht, die handelnderweise bereit waren, dem was noch nicht ist aber potentiell an Besserem möglich wäre zur Wirklichkeit zur verhelfen. Er verstand sich als ein solcher Geburtshelfer des Utopischen. Ja er machte daraus sogar sein Lebenswerk: Eine Methode, die das Utopische als Konzept versteht, als Denkweise, mit dem sich hervorgingen liess, was an Besserem und Wünschenswerten in unserer unzulänglichen, selbstzerstörerischen Gegenwart an Besserem schlummert: Die berühmten „Zukunftswerkstätten“⁴.

² Jürgen Habermas, *Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien*, S. 161 in: derselbe, *Die Neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt a.M. 1985

³ Maresch/Rötzer (Hrsg.), *Renaissance der Utopie, Zukunftsfiguren des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M., 2004

⁴ Robert Jungk/Norbert R. Müllert, *Zukunftswerkstätten*, Würzburg 1981; als Einstieg schreiben die beiden Herausgeber: „Wie gehen wir weiter, fragen sich immer mehr Menschen, die der Zukunftsangst nicht erliegen wollen. Ihnen, die nicht auf das warten, 'was auf uns zukommt', sondern ihre Resignation abschütteln, ist dieses Handbuch gewidmet: als Hilfsmittel für die Bemühungen, eigene Wege des Lebens und Überlebens zu entdecken.“

Im Zentrum Robert Jungks Denken und Handeln war die Zukunft, nicht die Utopie. Er war und verstand sich als „Zukunftsforscher“, nicht als „Utopist“. ⁵ Doch er suchte nach einer Zukunft, die mehr war als die Fortsetzung der Gegenwart, was Ernst Bloch als „unechte Zukunft“ bezeichnet hat. ⁶ Das wollte Robert Jungk deutlich machen, wenn er öfter den „genialen Naturwissenschaftler John Bernal“ zitierte, der nach fast jeder seiner Vorlesungen im Londoner Birbek-College seine Studierenden ermahnt haben soll, wir könnten „nicht mehr auf dem gleichen Geleis gradlinig weiterfahren.“ ⁷

Jungk tat damit genau dies, was Ernst Bloch als den Sinn der Utopie bezeichnete, nämlich „überlegt mit der Zukunft umzugehen“, echte Zukunft zu erarbeiten und diese als „docta spes“, als reflektierte konkrete gesellschaftliche Möglichkeit ⁸ in einer anderen Zukunft, zu verstehen. Denn die Zukunft ist nie einfach Schicksal. Wenn Menschen wollen, können sie was anderes aus ihr machen. Etwas Besseres.

⁵ Robert Jungk wollte wohl zu sehr nicht als Theoretiker missverstanden werden als dass er sich schriftlich und theoretisch über diese Begriffe und ihre Beziehungen zueinander ausgelassen hätte. Einen Hinweis darauf, weshalb ihm der Begriff „Zukunftsforscher“ lieb war im Sinne der heute weniger gebräuchlichen „Futurologie“ findet sich im Vorwort zum Hauptwerk seines Freundes, Ossip K. Flechtheim (1909-1998), wohl mit Jungk zusammen Schöpfer des Begriffes „Futurologie“, den beide mit Zukunftsforschung übersetzten. Flechtheim definierte diesen Begriff mit Bezug auf die Utopie folgendermaßen: „Futurologie, die mehr ist als die Utopie, Technokratie oder Crisis management, muss versuchen, Prognostik, Planung und Philosophie der Zukunft zu einer neuen Einheit zusammenzufügen, wobei zur Zukunfts-Philosophie auch die Politik und die Pädagogik der Zukunft gehören.“ Flechtheim bezeichnete „fünf ‚challenges‘“, welche die Futurologie beantworten müsse: „Eliminierung des Krieges und Institutionalisierung des Friedens; Beseitigung von Hunger und Elend; Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung; Demokratisierung von Staat und Gesellschaft; Beendigung des Raubbaus und zum Schutz der Natur; zum Abbau von Entleerung und Entfremdung des Menschen.“ In: Ossip K. Flechtheim, *Futurologie, der Kampf um die Zukunft*, Köln, 1971, S.9 Flechtheim zitiert auch Jungk, der sich schon 1965 nicht gescheut habe, von der *Neuen Wissenschaft, der wissenschaftlichen Zukunftsforschung*, als ‚Futurologie‘ zu sprechen. (eben da, S.13)

⁶ „Dass wir uns heute Abend ins Bett legen, das ist unechte Zukunft. Es wird vermutlich eintreten – aber das Bett ist da, und es wiederholt sich auf eine ziemlich lange Vergangenheit. (...) Echte Zukunft ist gegeben, wenn das, was gewünscht, erstrebt wird, selbst noch nicht da ist. (...) ein wirkliches Noch-Nicht-sein, ein Novum(...), das noch nicht entsprungen ist, obwohl es latent sein mag.“ Ernst Bloch, *Topos Utopia*, in: *Abschied von der Utopie? Vorträge* (hrsg. von Hanna Gekle), edition suhrkamp, Frankfurt a.M., 1980, S. 45 und 46.

⁷ Zitiert von Herausgeber Robert Jungk in seinem Vorwort „Auf neue Stimmen hören“ zum Sammelband *Delphin-Lösungen, Das Jahrbuch 93 der kreativen Antworten*, Horizonte-Verlag, Frankfurt am Main, 1992, S. 8.

⁸ „Die Kategorie der Möglichkeit ist eine der am meisten stiefmütterlich behandelten in der Geschichte der Philosophie gewesen. Auch dies hat sich schon geändert. Wir werden also mit der Möglichkeit umzugehen wissen, sie begreifen, damit es nicht nur eine mehr oder minder vage Hoffnung ist (...) sondern damit sie Anweisung zur fundierten Tat wird (...) zur Umwälzung unserer Wirklichkeit zu einer rechten, guten, humanen, für Menschenerträglichen und endlich für Menschen gebauten daraus werden kann. Darum nie genug konkrete Utopie.“ Ernst Bloch, 1974, *Abschied von der Utopie?*, wiederherausgegeben im op.cit. Sammelband von Hanna Gekle.

Etwas, was eher ihren Hoffnungen und Sehnsüchten entspricht. Dazu wollte Robert Jungk sein Leben lang „ermutigen“.⁹ So schrieb er in seinem Aufsatz *Weltwetterwarten*, mit dem er 1993 seinen Sammelband mit alternativen Zukunftsentwürfen eröffnete: “Es ist die Aufgabe aller, die sich um die Zukunft des Seins Sorgen machen, solche unumkehrbaren, langfristig gefährdenden Zerstörungen zu verhindern, solange dies noch möglich ist.“¹⁰

Robert Jungk suchte so nach Zukünften mit mehr Zukunft als ob er die ganze Philosophie der Utopie Ernst Blochs verinnerlicht und sie sich ganz zu eigen gemacht hätte. Er tat dies ohne in die Falle des autoritären Umgangs mit vermeintlich fertigen und zeitlosen Utopien zu fallen, wie dies im 19. Jahrhundert vielen Utopisten passierte. Herausgehoben aus dieser Falle hatte das utopische Denken Ende des 19. Jahrhunderts Gustav Landauer (1870-1919), einer der Inspirationsquellen von Bloch.¹¹ In seiner Schrift *Revolution* gelang Landauer 1908 meines Erachtens so etwas wie die Demokratisierung der Utopie. Er verstand darunter nicht mehr eine ein für alle Mal fixierte „Idealvorstellung“, sondern eine Zukunftsvorstellung, welche die Gegenwart verändert und teilweise zu einem künftigen „Topos“ wird, an dem wiederum neue weitergehende Utopien gedacht und vorgestellt werden, die den aus der alten Utopie gewordenen neuen Topos wiederum verändern und weiterentwickeln. So wird aus der Utopie eine Zielvorstellung, die sich aber aus den auf dem Weg dahin gemachten Erfahrungen wiederum zu erneuern weiss und von neuen, beziehungsweise verfeinerten und präziseren Utopien abgelöst wird.¹² Ein solches offenes, asymptotisches Utopieverständnis ermöglicht permanente kollekti-

⁹ Robert Jungk (Hrsg.), *Delphin-Lösungen*, a.a.O., S. 9.

¹⁰ Ebenda, S. 13

¹¹ Nur wenigen scheint diese Verbindung bewusst zu sein, denn der sich als Marxist verstehende Bloch zitierte den „libertären“ Intellektuellen und in der bayrischen Räterepublik als Kulturminister ermordeten Gustav Landauer nur sehr selten. Ein neuer Hinweis für die Bedeutung Landauers für Bloch und den Utopiebegriff findet sich in Burghart Schmidts Aufsatz zur Frage „Wie ist Konkrete Utopie heute zu denken?“ in J. Nida-Rümelin und K. Kufeld (Hrsg.), *Die Gegenwart der Utopie, Zeitkritik und Denkwende*, Freiburg i. Brsg., 2011, S. 67.

¹² Auch Ossip Flechtheim wies auf die besondere Bedeutung Landauers hin. Er schrieb: “Erst im 20. Jahrhundert taucht diese Wendung des Utopiebegriffs (zur ‚gedanklichen Orientierung‘) auf, das heisst also relativ spät, und zwar erstmals wohl im Jahre 1907 in Gustav Landauers Kontrastierung von reaktionärer ‚Topie‘ und revolutionärer ‚Utopie‘. Gleicherweise liegt dieser Gedanke Ernst Blochs *Geist der Utopie* (1918) zugrunde.“ In: *Futurologie*, op.cit. S. 211.

ve Lernprozesse und Erfahrungen, welche die Utopien ebenso permanent erneuern und so verhindern, dass sie zu autoritären Vorlagen bis zur Gewalt entarten¹³.

Jungk war sich des immer offenen und immer wieder neu zu öffnenden Ausgangs seiner Suche nach anderen, besseren und nachhaltigeren Zukünften nur allzu bewusst. Dies kam sogar in seiner kleinen Bemerkung zum Ausdruck, mit der er mir sein Buch mit den „Delphin-Lösungen“ widmete, als wir uns in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in seiner Salzburger *Bibliothek für Zukunftsfragen* des Öfteren trafen. Er gab mir handschriftlich auf den (Lese-)Weg mit: „Die wirklich kreativen Antworten müssen immer neu formuliert werden!“.

„Je prekärer die Lage der Menschheit wird, je bedrohlicher und zugleich komplizierter die Krisen werden, mit denen wir uns herumschlagen müssen, desto grösser wird der Bedarf an ungewöhnlichen, umfassenden und dauerhaften Problemlösungen“. Wer denkt heute beim Lesen dieses Satzes, mit dem Robert Jungk vor 20 Jahren sein Vorwort zum Delphin-Sammelband eröffnete, heute nicht an Europa, genauer gesagt an die Krisen und heillosen Verstrickungen, in die sich die EU mit ihrem Euro ohne ausreichendes und solides politisches Fundament in den vergangenen vier Jahren verirrt hat?

Deshalb möchte ich nun Robert Jungks permanente Einladungen, angesichts der gegenwärtigen Krisen doch alternative Zukunftsentwürfe im Sinne konkreter und ebenso handlungsmotivierender wie handlungsleitenden Utopien zu entwerfen, mit Blick auf die Europäische Union (EU) von heute annehmen. Ich tue dies weder voraussetzungslos noch ganz unschuldig.

Letzteres bezieht sich auf einen der Lernprozesse, die ich als einer der so bezeichneten Schlüsselfiguren (NYT) der direktdemokratischen Bewegung für eine

¹³ Damit vermochte Landauer das utopische Denken und Handeln vom unberechtigten Joch des Vorwurfs der Gewaltträchtigkeit zu befreien, freilich ohne dass dies im 20. Jahrhundert von zu vielen wirklich zur Kenntnis genommen worden war. Habermas sagte auch dazu das Notwendige: „Die Utopiekritik, die von Hegel über Carl Schmitt bis auf unsere Tage das Menetekel des Jakobinismus an die Wand malt, denunziert zu Unrecht die angeblich unvermeidliche Verschwisterung der Utopie mit dem Terror“ in J. Habermas, *Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien*, op.cit. S. 162

„Schweiz ohne Armee“, der konkreten schweizerischen „Utopie der 1980er Jahre“ (Tages-Anzeiger, Zürich) machen durfte. Eine der Erkenntnisse, die ich zusammen mit Freunden wie Bruno Kaufmann (Zofingen/Falun), Adrian Schmid (Luzern), Martin Bühler (Bülach) und Jürgen Schulz (Bern)¹⁴ aus der „erfolgreichsten Niederlage in der Geschichte der schweizerischen Direkten Demokratie“¹⁵ zog: Erstens ist für die Entmilitarisierung europäischer Politik und der Politik in Europa die schweizerische Armee nur von sehr bedingter Bedeutung und der angemessene Ort für diese Auseinandersetzung ist nicht die Schweiz, sondern Europa im allgemeinen und die Europäische Union (EU) im besonderen. Zweitens gilt aber auch dort, was in der Schweiz überdeutlich war: Solche verwegenen Projekte und radikale Fragestellungen erreichen die Gesellschaft aus den Parlamenten kaum. Sie müssen ausserparlamentarisch so formuliert und gestellt werden, dass die Gesellschaft einer entsprechenden Diskussion und den damit verbundenen Lernprozessen nicht ausweichen kann. Genau dies entspricht aber dem grossen emanzipativen Potenzial der Direkten Demokratie¹⁶, welche als fein ausgestaltetes Ensemble von partizipativen Bürgerrechten in der Verfassung verankert sein muss. Daraus folgerten wir: Die EU

¹⁴ Nicht zufälligerweise gehörten sie deshalb alle auch zu den Mitbegründern in Rostock 1991 von *eurotopia*, der BürgerInnenbewegung für eine europäische Verfassung mit direktdemokratischen Elementen, sowie in Bonn/Marburg 2001 des *Initiative & Referendum Institute Europe* (IRIE), das bis heute von Bruno Kaufmann, mittlerweile auch schwedischer Staatsbürger, präsidiert wird und dessen Generalsekretär Martin Bühler ist.

¹⁵ Dieses Diktum bezieht sich auf das völlig unerwartet positive Volksabstimmungsergebnis unserer auch von Robert Jungk mit viel Sympathie begleiteten Volksinitiative „Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik“, die am 26. November 1989 mit 35,6 % Ja über eine Million der über 70 % an der Abstimmung teilnehmenden Schweizerinnen und Schweizer überzeugen konnte; dies nachdem wir Initianten immer sagten, 24,8 % wären sogar ein grosser Erfolg – soviel erreichte die offizielle Schweiz in der UNO-Volksabstimmung von 1986, was wir mit unserer Volksinitiative für den UNO-Beitritt dann 2002 mit 53 % Ja wettmachen konnten -, und der Verteidigungsminister und spätere Grossbankchef Kaspar Villiger noch wenige Tage vor der Abstimmung eine Zustimmung von 25 % als „Katastrophe für die Schweiz“ bezeichnet hatte. Selbstverständlich überlebte die Schweiz auch diese Erfahrung völlig intakt, vermochte aber unter dem Eindruck dieses Ergebnisses sehr rasch den seit fast 100 Jahren fälligen Zivildienst als Alternative zum Militärdienst einzuführen, und hat seither bis heute die Schweizer Armee nicht nur völlig enttabuisiert, sondern um mehr als die Hälfte halbiert und die schweizerische Gesellschaft endgültig entmilitarisiert.

¹⁶ Das entspricht dem Kern der kommunikativen Theorie der Direkten Demokratie, deren Seele das Gespräch, die Diskussion, die Deliberation unter Bürgerinnen und Bürgern ist: Eine Volksinitiative ist nicht mehr und nicht weniger als eine Frage weniger Bürger an alle; wobei die wenigen, sofern sie die notwendigen Unterschriften für ihr Anliegen zusammenbringen, in Form der Volksabstimmung das Recht auf eine Antwort aller haben. Diese kommunikative Macht der Bürgerinnen und Bürger muss aber ebenso in der Verfassung verankert sein wie das Recht von etwa zwei Prozent aller Stimmberechtigten auch gegen die Mehrheit des Parlamentes oder der Regierung eine Volksabstimmung zu erzwingen. Dies ist seit 1891 in der Schweiz der Fall, in Österreich (noch) nicht, wo die Volksinitiative bis heute leider nicht mehr ist als eine etwas angereicherte Form des Petitionsrechtes. Siehe dazu meine Vorträge und Texte auf www.andigross.ch

braucht nicht mehr nur neue Verträge – Maastricht stand damals unmittelbar bevor – sondern eine eigentliche (föderalistische Bundes-) Verfassung.

Zwar gibt es heute, 20 Jahre später, immer noch keine Europäische Verfassung, und *eurotopia* versuchte mit zwei Treffen im Herbst 2011 in Rostock und Mitte September 2012 in Bonn sein Engagement wieder zu verstärken, doch ein kleines Lehrstück, was solid verankerte und entwickelte „konkrete Utopien“ auch auszulösen und zu leisten vermögen, wenn sie ihr grosses Fernziel (noch) nicht erreichen, lässt sich auch an *eurotopia* illustrieren. Denn die 1991-2001 zweimal jährlich irgendwo in Europa stattfindenden Treffen der Eurotopisten und ihre Bücher, Broschüren und Zeitschriften¹⁷ blieben nicht ohne ganz reale Folgen, die am 1. April 2012 basierend auf Artikel 11, Absatz 4 des Lissabonner Vertrag der EU zum ersten transnationalen partizipativen Bürgerrecht der Geschichte der Demokratie führten, der Europäischen Bürger Initiative (ECI) führten. So verfolgten 1996 das Trentiner Treffen von Eurotopia Vertreter des österreichischen Bundeskanzleramtes und des italienischen Aussenministeriums, deren Chefs Schlüssel und d'Amato daraus im ersten österreichischen EU-Präsidentschaftsjahr eine Art Bürgervorschlagsrecht an die EU-Kommission machten und in die EU-Gipfeldebatten einbrachten. Andererseits nahmen die deutschen Grünen eurotopische Anstösse in ihre EU-Wahlprogramme von 1994 und 1999 auf, ebenso der 1998 deutscher Aussenminister gewordene Joschka Fischer 1999 in seiner grossen Berliner Rede zur Zukunft Europas. Das schaffte die Grundlage, auf der die beiden Parlamentarier und Delegierte im zweiten EU-Konvent von 2001-2003, der Freiburger Jürgen Meyer und der Franzose Alain Lamassoure, die *Europäische Bürger-Initiative* (ECI) als Antragsrecht von einer Million EU-Bürgerinnen aus heute mindestens sieben EU-Mitgliedsstaaten formulieren und im Konventsentwurf für einen „Verfassungsvertrag“ überleben lassen konnten. Fast etwas überraschend überlebte die ECI auch alle verständli-

¹⁷ Siehe vor allem Roland Erne (u.a., Hrsg.), *Transnationale Demokratie*, Realotopia Verlag Zürich, 360 Seiten, 1996; Andreas Gross, *Auf der Baustelle Europa*, Realotopia 1995; Bruno Kaufmann & Peter Köppen, *Der Rostock Prozess, 1991-2004: Unterwegs zu mehr direkter Demokratie in Europa*, Rostock 2001; sowie die drei 1992, 1993 und 1994 von Andreas Gross und Jürgen Schulz herausgegebenen Dokumentationen *eurotopia I, II und III*, sowie die entsprechenden Newsletter, die alle im *Rostock Prozess* dokumentiert sind.

cherweise negativ ausgegangenen Referenden in Frankreich und den Niederlanden, wurde zum genannten Artikel 11 im Lissabonner Vertrag und bekam jetzt auch noch die von Kommission mehr wieder Willen und vom Europaparlament positiver entwickelte Ausführungsgesetzgebung. Bereits sind ein halbes Dutzend Europäische Bürgerinitiativanträge unterwegs, auch wenn die Kommission wieder einmal die Chance, welche die ECI ihr und der EU bot, aus wenig verständlichen Gründen zu verstoßern droht.¹⁸

Zwar entspricht die ECI eher den österreichischen Annäherungen an die Direkte Demokratie als deren schweizerischer Wirklichkeit und politischer Bürgermacht, doch ist sie dennoch eine europäische Pioniertat, die auf dem Weg zu mehr Eurotopia nützlich sein kann und das Reformpotenzial von soliden konkreten Utopien, welche von vielen ganz verschiedenen engagierten Bürgerinnen und Bürger getragen werden, schön illustriert¹⁹.

Wer die konkreten Möglichkeiten erschliessen will, die in der Gegenwart an Besseren und Problemlösenden schlummern, der muss sich in die Geschichte dieser Gegenwart vertiefen, muss verstehen, wie geworden ist, was weiterentwickelt werden sollte. Der Utopieforscher Wilhelm Vosskamp²⁰ formulierte diesen Zusammenhang im Anschluss an den Satz Robert Musils im vierten Kapitel des *Mann ohne Eigenschaften*, wo es heisst „Wenn es Möglichkeitssinn gibt, muss es auch Wirklichkeitssinn geben“, mit dem schönen Satz: “Möglichkeitssinn heisst im-

¹⁸ Siehe zu den neuesten Entwicklungen die entsprechende Webseite der EU. Zur Geschichte der ECI: Sonja Nietz, *Die Europäische Bürgerinitiative, Ein Gewinn nicht nur in Form eines Elements von direkter Demokratie?* Politikwissenschaftliche Hausarbeit an der Uni Hamburg, Juli 2012; Kaufmann, Bruno, 2012: *Leitfaden zur europäischen Bürgerinitiative*, 2. Aufl., Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Brüssel, und Kaufmann, Sylvia-Yvonne/Plottka, Julian, 2012: *Die Europäische Bürgerinitiative: Start in ein neues Zeitalter partizipativer Demokratie auf EU-Ebene*, Europäische-Union Deutschland e.V. (Hrsg.), Berlin, online abrufbar unter: http://www.europaunion.de/fileadmin/files_eud/PDF-Dateien_EUD/EUD_konkret/EUD-konkret_12012_Die_Europäische_Bürgerinitiative.pdf

¹⁹ Seit fünf Jahren engagiert sich auch der österreichische Rechtsgelehrte Johannes Pichler (Salzburg/Graz) auch vehement für die Direkte Demokratie auf europäischer Ebene im allgemeinen und für die ECI im besonderen und ist Herausgeber einer bemerkenswerten Reihe von sehr instruktiven Sammelbänden (*Schriften zur Rechtspolitik* Nr. 28-32), die meist auf entsprechenden, höchst instruktiven BürgerInnen-Konferenzen in Salzburg beruhen. Zum Gebrauch der ECI hat Bruno Kaufmann rechtzeitig zu deren Inkrafttreten am 1.4.2012 für die Stiftung der Europ. Stiftung (GEF) und dem IRIE ein Handbuch herausgeben *The European Citizens' Initiative Pocket Guide, A User Manual tot he First Transnational Tool of Modern Direct Democracy*, Brüssel, March 2012.

²⁰ Wilhelm Vosskamp verdanken wir die in den 1980er Jahren erschienen drei Bände zur *Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie*, Metzler, Stuttgart, 1982.

mer zugleich Wirklichkeitsdenken, diese Spannung bildet die Voraussetzung für utopische Entwürfe, ohne Analyse keine Utopie!“²¹

Wer also zeigen will, dass heute sowohl die Demokratie der Transnationalisierung, zumindest ihrer europäischen Verfassung, als auch die EU der demokratischen Verfassung bedarf, muss sich in die Geschichte und krisenbehafteten Gegenwart der Demokratie und der Europäischen Integration vertiefen. Dies haben wir in den vergangenen 20 Jahren immer wieder und sehr weitgehend getan.²²

Dabei ist die Vorgeschichte des Europäischen Integrationsprozesses von 1940 bis 1949, der Gründung des Europarates, und 1951, der Gründung der Montanunion besonders aufschlussreich. Denn die meisten Pioniere der Europäischen Integration von Leon Blum bis Altiero Spinelli, von Paul Henri Spaak bis zum berühmten französischen Duo Jean Monnet & Robert Schuman sowie dem Schweizer Denis de Rougemont waren alle Anhänger einer Europäischen Föderation auf der Basis einer föderalistischen europäischen Verfassung. Weshalb sie sich 1947/48 nicht durchsetzen konnten und die Verfassungsgrundlage durch eine Vertragsbasis ersetzt wurde, welche die ökonomische Integration gegenüber der politischen priorisierte, den Exekutiven und nicht den Bürgern eine hegemoniale Bedeutung zukommen liess, hat viele Gründe, die noch besser erforscht werden müssen.²³ Jedenfalls kann hier der Preis gesehen werden, den auch Westeuropa für den Kalten Krieg bezahlt;

²¹ Diskussionsbeitrag von Wilhelm Vosskamp im Anschluss an den oben zitierten Vortrag von Burghart Schmidt zur Frage „Wie ist Konkrete Utopie heute zu denken?“, nachgedruckt in J. Nida-Rümelin/K. Kufeld (Hrsg.), *Die Gegenwart der Utopie*, op.cit. S. 86.

²² In Bezug auf die europäische Integration siehe das Büchlein Andreas Gross, *Auf der politischen Baustelle Europa*, Zürich, Januar 1996 sowie den umfangreichen Beitrag, Andreas Gross, „Föderalismus und direkte Demokratie, Acht Impulse aus der Schweizer Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts für den europäischen Verfassungsgebungsprozess“, in *Die Union*, Vierteljahrszeitschrift für Integrationsfragen, herausgegeben von der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Nummer 4/1998 sowie meinen Vortrag *Demokratie in Gefahr!; Demokratie: ein Auslaufmodell oder eine Herausforderung zur demokratischen Neuerfindung der EU?* im Rahmen des Leonardo Kollegs der Universität Erlangen, am 11. Juli 2011; in Bezug auf die Entwicklung der nationalen Demokratien in Europa möchte ich auf meine vier Berichte in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zum *Stand der Demokratie* im April 2007, im April 2008 („Specific challenges facing European Democracies“), im Juni 2010 („Democracy in Europe: crisis and perspectives“ und im Juni 2012 („The crises of democracy and the role of the State in today's Europe“) verweisen, die alle sowohl der Internetseite des Europarates (www.coe.int) und auf meiner Homepage zu finden sind (www.andigross.ch).

²³ Ungeheuer aufschlussreich dazu ist meine „Bibel“ zur Geschichte der Europäischen Integration, Werner Lipgens 750-seitiges Meisterwerk *45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung*, Dokumente 1939 bis 1984, Frankfurt 1986.

fehlte diesem doch die eigentliche Souveränität zu einer europäischen Verfassung; ganz abgesehen vom den Krieg intakter als von den Pionieren erhofft überstehenden Nationalismus und damit der fehlenden Einsicht in die Notwendigkeit der zu teilenden (nationalen) Souveränität vor allem in Grossbritannien und Skandinavien. Ebenso liegt im Scheitern der Parlamentarischen Versammlung des Europarates als „Verfassungsgebende Versammlung“, welche zum Protestrücktritt ihres ersten Präsidenten Paul-Henri Spaak führte²⁴ „die Grundlage dafür, dass die EU als Elitenprojekt wahrgenommen wird, vom dem sich viele Europäer trotz der legendären Friedensleistung und der Integrationskapazität nach der Wende je länger je mehr entfremden. Vor allem in den letzten Jahren, in denen zur alten „Input-Krise“ auch noch eine eklatante „Output-Krise“ hinzukommt.²⁵

1991/1992 wollten Kommissionspräsident Jacques Delors und die holländische Diplomatie die Politische Union ebenso wie zumindest teilweise die Verfassung gewissermassen nachholen und als Fundament der Währungsunion verankern. Doch wiederum waren die europäischen Kräfte zu schwach, Mitterand wie zu viele andere Sozialdemokraten vor allem am Euro aber nicht an einer genuin transnational verfassten europäischen Demokratie interessiert und der Euro kam ohne das angemessene Fundament für eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zustande – mit den heute unübersehbaren und die Integration an sich gefährdenden Folgen.²⁶

²⁴ Siehe dessen Rücktrittsrede vom 11. Dezember 1951 abgedruckt als Dokument Nr. 73 in Lipgens, op.cit. S. 311.

²⁵ Vergleiche dazu Jochen Bittner *So nicht, Europa! Die drei grossen Fehler der EU*, DTV, München 2010

²⁶ So schrieb der britische Europäer Martin Kettle im vergangenen Juni 2011 bedauernd: „The nationalists have won – Europe’s dream is over“ (Guardian, 23. Juni 2011) und der französische Publizist Jacques Julliard schrieb in der *Marianne* vom 19. Mai 2012: „Europa ist heute an der Wegmarke zwischen dem Sein und dem Nichtsein und je länger wir warten desto mehr gehen wir das Risiko ein, uns aus Versehen für das Nichtsein zu entscheiden.“ Für die deutschsprachige Öffentlichkeit für viele die Titelgeschichte im *Spiegel* von anfangs Juni 2012 (Nr. 26) unter dem Titel „Zu wenig zu spät“ mit der Einleitung: „Die Euro-Krise gefährdet die Grundlagen des Europäischen Union. Einigen sich die Regierungen nicht auf eine Strategie, ist ein Lebensmodell bedroht, das Millionen Europäern selbstverständlich geworden ist.“ Wobei das bezeichnende antiutopische Element in dieser Einleitung darin besteht, dass das Schicksal eines ganzen Kontinentes vom Handeln der Regierungen abhängig gemacht wird. Obwohl in dieser Ausgabe der deutsche Finanzminister Schäuble eindringlich für den Einbezug der Bürger in die Suche nach Auswegen aus der Krise der EU plädierte, darunter auch eine deutsche Volksabstimmung über ein neues Grundgesetz verstand, und sagte: „Jetzt ist die Zeit reif für grosse Schritte!“ In der *Zeit* vom 21. Juni 2012 plädierte Matthias Nass für die Überwindung der Nationalstaaten“ und schrieb: „Für eine politische Union gab es 1992 in Maastricht keine Mehrheit. Die heu-

Im Juli 2012 schrieb Thorsten Denkler in seinem Kommentar in der Süddeutschen Zeitung: „Vereinigte Staaten von Europa: Fragt uns endlich!

Eine politische Union Europas zeichnet sich als unausweichliche Folge der Schuldenkrise ab. Doch warum erklärt das den Bürgern niemand? Soll die EU weiter zusammenwachsen, geht das nicht ohne Beteiligung der Bevölkerung. Auch in Deutschland sind Volksabstimmungen überfällig. Was für eine Utopie! Die Vereinigten Staaten von Europa. Nicht Wenige sehen darin den einzigen Ausweg aus der europäischen Schulden- und Bankenkrise, die den alten Kontinent seit zweieinhalb Jahren beutelt. Wer sich mit der Krise beschäftigt, weiß, dass es kaum eine Alternative gibt.“²⁷

Damit verknüpfte Denkler die Zukunft der EU nicht nur wieder mit der „Utopie“²⁸ sondern machte die Verknüpfung der Zukunft der EU mit der Demokratie deutlich. Ohne eine direkte Legitimierung durch die Mehrheit der betroffenen Bürgerinnen und Bürger für eine Weiterentwicklung des europäischen Projektes lässt sich die Krise der europäischen Integration ohne nationalistische Regression nicht bewältigen. Das heisst, aus dem Eliteprojekt muss ein Bürgerprojekt Europa und zumindest die Mehrheit der Betroffenen davon und dafür überzeugt werden.²⁹

Diese europäische Herausforderung kommt aber auch der Demokratie zu gute. Denn nicht nur die EU braucht mehr Demokratie, auch die Demokratie braucht

tige Krise bietet die Chance, den damaligen Kardinalfehler, eine Währungsunion ohne politische Union zu schaffen, endlich zu korrigieren. Es wird Jahre brauchen, vielleicht Jahrzehnte, um eine solche politische Union zu bauen. Aber die Entscheidung, diesen Weg zu gehen, muss jetzt getroffen werden.“

²⁷ Süddeutsche Zeitung, 12. Juli 2012

²⁸ Auch dies nicht zum ersten Mal, denken wir an Dominique Wolton's *La dernière utopie, Naissance de l'Europe démocratique*, Flammarion, Paris 1993 und an Michèle Madonna Desbazeille, *l'Europe, Naissance d'une utopie? Genèse de l'idée d'Europe du XVI au XIX siècles*, L'harmattan, Paris 1996

²⁹ Nur so lässt sich auch der überall neu aufkommende Nationalismus bekämpfen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger die Wahl haben zwischen einer demokratisch immer schwächeren EU und der Nation, werden sie sich selbst dann für die Nation entscheiden, wenn sie merken, dass diese allein die Demokratische Macht nicht aufrechterhalten kann. Vergleiche im Hinblick auf die holländischen Wahlen im September 2012 den Titel im Pariser *Le Monde*: "Wachsendes Misstrauen gegenüber Europa in den Niederlanden" (*Le Monde* vom 18.6.2012, S. 4)

mehr Europa als erste Stufe deren Transnationalisierung. Getreu der Jungkschen Übersetzung des Wortes Demokratie – aus „Betroffenen müssen Beteiligte werden!“ – bedeutet die Demokratie seit der Französischen Revolution, dass jene, die von Entscheidungen betroffen sind, an deren Entscheidungsfindung direkt oder indirekt teil haben müssen. Europäer können dieses Versprechen der Freiheit heute aber nur dann wahrnehmen, wenn die Demokratie auch auf europäischer Ebene verfasst wird, auf der heute zwei Drittel der die Europäer betreffenden Entscheide gefällt werden.

Ganz abgesehen vom substanziellen Versprechen der Demokratie, der fairen Verteilung der Lebenschancen. Diese werden heute in einer globalisierten Wirtschaft weitgehend auf transnationalen Märkten entschieden, auf welche die nationalen Demokratie nur noch wenig Einfluss nehmen können. Eher im Gegenteil, die Erosion der nationalen Demokratie kommt auch daher, weil transnationale Marktzusammenhänge nationale Entscheidungsspielräume massiv eingrenzen. Das heisst, solche die Demokratie nicht weiter entmachtet werden können muss sie zumindest europäisch verankert werden, zumindest in einer europäischen Verfassung.

Jürgen Habermas hat dies längst erkannt. Im Vorwort zu seinem neuesten Essay zur *Verfassung Europas* spricht er von einer „intergouvernementalen Aushöhlung der Demokratie“. Habermas möchte die „Denkblockaden aus dem Weg räumen, die gegenüber einer Transnationalisierung der Demokratie immer noch bestehen.“³⁰ Der europäischen Öffentlichkeit weniger bewusst ist, dass jetzt auch in der französischen Regierung ein Philosoph sitzt, der nicht weniger vehement als Habermas für eine europäische Demokratie plädiert: Der heutige Erziehungsminister und ehemalige sozialdemokratische Europaabgeordnete Vincent Peillon schrieb im vergangenen November, nur wenige Monate nachdem Habermas sein oben erwähntes Vorwort geschrieben hatte. “Die Krise, die wir

³⁰ Jürgen Habermas, *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, Suhrkamp, Berlin, 2011, S. 8 und 9

in Europa erleben ist ebenso sehr eine Finanz- und Wirtschaftskrise wie und vor allem eine politische Krise und eine Krise der Demokratie. (...) Ganz Europa beugt sich den Diktaten der Märkte und der Ratingagenturen. (...) Viele sind beunruhigt über den Transfer von Souveränität an Europa, aber ganz Europa verliert doch sanft seine Souveränität und mit ihr jede einzelne Nation. Ganz dringend ist es, der Volkssouveränität die Leitung über das europäische Projekt zurückzugeben. (...) Die Überwindung der Krise setzt Entscheidungen auf europäischer Ebene voraus, die ohne direkte demokratische Legitimierung nicht getroffen werden können. (...) Wir müssen davon ausgehen, dass wir eine neue Etappe der europäischen Integration brauchen. (...) Wir müssen ein wirtschaftlich integrierteres Europa bauen. Das können wir nur schaffen, wenn wir auch ein demokratischeres Europa bauen, eine echte europäische Volkssouveränität.³¹ Die gleiche Botschaft enthält auch der Artikel eines dritten Philosophen, des Flensburger Hauke Brunkhorst. Unter dem Titel *Kollektiver Bonapartismus? Demokratie in der europäischen Krise* schreibt er: “Nun aber scheint die Euro-Krise Europa bei Strafe des Untergangs zu nötigen, sich zu einer wirklichen Demokratie und das heisst eben auch Umverteilungsgemeinschaft zu verwandeln. Wir stehen an der Schwelle zu Stufe vier der Konstitutionalisierung Europas, der strukturellen Koppelung des Rechts mit den Sozial-, Wohlfahrts- und Bildungssystemen (...) und 2008 von der Weltwirtschafts- und Finanzkrise abrupt auf die Tagesordnung gesetzt wurde.”³²

Eine Demokratisierung der Demokratie, das heisst eine neue und feinere Verteilung der Macht, ist ohne aktives Mittun und Handeln der Bürgerinnen und Bürger nicht möglich. Das heisst wir schaffen dies nur, wenn wir die Menschen davon überzeugen und sie dafür zum Handeln motivieren können. Das Projekt der europäischen Verfassung der Demokratie würde dadurch die EU zum Gegenstand des sozialen Handelns der Bürgerinnen und Bürger machen. Die EU erfüh-

³¹ Vincent Peillon, Beitrag in der *Libération* vom 14. November 2011 unter dem Titel „Welche demokratische Gesellschaft für das 21. Jahrhundert?“

³² Hauke Brunkhorst in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, April (Nr. 4), 2012, S. 91.

re damit genau die bürgerliche Fürsorge, die sie so nötig hat und die sie seit ihrer Geburt gleichsam entbehren zu können glaubte. Damit würden sich die Bürger die EU zu eigen machen, verändern und stärken. Mit der Demokratisierung würde die EU gestärkt, mit der Europäisierung die Demokratie. Für die Bürgerinnen und Bürger eine der berühmten Winn-Winn-Situationen. Jetzt müssen sie dies nur noch merken, beziehungsweise ihr entsprechendes Gefühl in eine politische europäische Kraft transformieren. Ansätze dazu gibt es viele. Der Moment ist gekommen. Versuchen wir's. Durch das gemeinsame Handeln schaffen und finden wir auch die berühmte europäische Identität, die wir so brauchen ebenso wie die transnationalen Öffentlichkeiten, ohne die die Demokratie nicht leben kann. Konkret kann in die bestehenden Lissabonner EU-Verträge ein Artikel verankert werden, der einen europäischen Verfassungsprozess auslöst, getragen und ausgearbeitet von einem direkt gewählten europäischen Verfassungsrat in- nert sieben Jahren. Abgeschlossen würde dieser Prozess durch ein doppeltes europäisches Verfassungsreferendum, wobei die so entscheidenden Europäerinnen und Europäer auch während der Arbeit des Verfassungsrates an diesem beteiligt werden müssen. Das liesse sich in allen Hauptstädten von den Regierungen verlangen und dafür Druck entwickeln. Die so entstehenden Debatten mögen die ursprüngliche Idee gewiss weiter verfeinern und verdeutlichen. Und so aus alten eurotopos neue eurotopien entwickeln für ein demokratisches Europa und eine europäische Demokratie.